

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003671/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Daniel Freund (Verts/ALE)

Betrifft: Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und Missbrauch von EU-Mitteln im Sektor für erneuerbare Energien in Griechenland

Jüngste Berichte enthalten Vorwürfe im Zusammenhang mit Korruption, Marktverzerrungen und geschlechtsspezifischer Diskriminierung bei EU-finanzierten Projekten im Sektor für erneuerbare Energien in Griechenland.

Demnach hat die Entwicklungsorganisation Sitia (OAS), ein privatrechtliches Unternehmen, das sich im Eigentum der gleichnamigen Gemeinde befindet, sich aber als öffentliche Einrichtung darstellt, mutmaßlich

- Teilnehmer dazu genötigt, Verträge zu unterzeichnen, in denen erpresserische Zahlungen im Gegenzug für lokale administrative Unterstützung vorgeschrieben sind,
- mehrere EU-Zuschüsse und nationale Zuschüsse für dieselben Projekte erhalten (auch im Rahmen des Programms THERMIE – Vertrag WE 168/95 HE/DE), ohne die Kommission über Verlagerungen oder Änderungen zu unterrichten, und
- rechtmäßige Wettbewerber, insbesondere Unternehmerinnen, vom Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschlossen.

Es wird geltend gemacht, dass diese Praktiken zu einer systemischen geschlechtsbezogenen Ausgrenzung führen, was einen Verstoß gegen die EU-Grundsätze der Gleichheit und des fairen Wettbewerbs darstellt.

1. Sind der Kommission diese Vorwürfe bekannt und hat sie etwaige Fälle von Misswirtschaft, Betrug oder Doppelfinanzierung bei den genannten Projekten untersucht?
2. Welche Maßnahmen beabsichtigen die Kommission und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) zu ergreifen, um den Missbrauch von EU-Mitteln zu verhindern und die Einhaltung der Wettbewerbsvorschriften sicherzustellen?
3. Wie gedenkt die Kommission den gleichberechtigten Zugang von Unternehmerinnen zu EU-finanzierten Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien zu gewährleisten?

Eingang: 23.9.2025